

Inhaltliche Schwerpunkte am GPA-djp Bundesforum 2015

Kollektivverträge und Einkommenspolitik

Für die GPA-djp ist es von zentraler Bedeutung, dass die Erfolge der Kollektivvertragspolitik für möglichst viele Arbeitnehmer/innen gelten. Daher muss die Fläche der Kollektivverträge durch aktive Gestaltung der Geltungsbereiche aufrechterhalten und weiter verbessert werden. Wir streben die Reduzierung der Zahl von Kollektivverträgen zu Gunsten breiterer Geltungsbereiche an und wollen damit Fluchttendenzen aus bestehenden Kollektivverträgen vorbeugen.

Ein wesentliches Ziel in der Einkommenspolitik der nächsten Jahre ist die Erreichung eines Mindestgehaltes- bzw. -lohnes von EUR 1.700 brutto/Monat in den Kollektivverträgen.

Im Bereich der Arbeitszeit steht die weitere Verkürzung der Normalarbeitszeit im Mittelpunkt unserer Forderungen. Dabei ist es entscheidend, jede Form der Arbeitszeitverkürzung mit Begleitmaßnahmen zu kombinieren, um Beschäftigungseffekte sicherzustellen und Arbeitsverdichtung zu verhindern.

Darüber hinaus zählen weiterhin folgende Themen zu den zentralen Handlungsfeldern der Kollektivvertragspolitik: Gleichstellungspolitik, Mitbestimmung, Strukturwandel und Mobilität.

Soziale Sicherheit

Für die GPA-djp ist die Sozialversicherung das Kernelement des österreichischen Sozialsystems, das auf den Grundsätzen Pflichtversicherung, solidarische Finanzierung, umfassender Risikoausgleich, Selbstverwaltung und Anspruchslohnprinzip aufbaut. Diese sind abzusichern und weiterzuentwickeln.

Wir treten allen Tendenzen der Entsolidarisierung entgegen und kämpfen für die Erhaltung und Weiterentwicklung eines öffentlichen solidarisch finanzierten Gesundheitssystems, das allen Menschen den Zugang zu medizinischer Versorgung ermöglicht, unabhängig von der Höhe des Einkommens.

Wir bekennen uns zum öffentlichen, umlagefinanzierten Pensionssystem, das eine Lebensstandardsicherung ermöglicht. Eine Umstellung von leistungs- auf beitragsdefinierte Konten lehnen wir ab.

Der steigende Bedarf an Pflege und Betreuung ist eine der zentralen Herausforderungen in einer älter werdenden Gesellschaft. Ähnlich wie andere soziale Risiken muss auch die Pflegebedürftigkeit durch ausreichende öffentliche Mittel abgesichert werden.

Wo das Sozialsystem nicht armutsvermeidend ist, bedarf es als Ergänzung der ‚Bedarfsorientierten Mindestsicherung‘. Die GPA-djp stellt sich gegen jede Stigmatisierung und steht dafür, den Betroffenen Unterstützung zu geben, um Armut zu überwinden.

Der Kampf gegen die enorm gestiegene Arbeitslosigkeit ist eine der größten Herausforderungen der nächsten Jahre. Die GPA-djp setzt sich in diesem Sinn für beschäftigungswirksame öffentliche Investitionen, Umverteilung der Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung und eine bessere soziale Absicherung arbeitsloser Menschen ein.

Arbeitsrecht, Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen und Mitbestimmung

Die GPA-djp setzt sich für eine Weiterentwicklung des Arbeitsverfassungsgesetzes ein, die den geänderten Verhältnissen in der modernen Arbeitswelt Rechnung trägt. In diesem Sinn fordern wir auch Regelungen, die hinreichend auf internationale Unternehmens-/Konzernstrukturen, Umstrukturierungen, geänderte wirtschaftliche Rahmenbedingungen, Kollektivvertrags-Flucht und prekäre Arbeitsverhältnisse Bezug nehmen.

Entscheidend ist vor allem auch die Einbindung freier Arbeitnehmer/innen in die Betriebsverfassung. Angesichts der immer schwieriger werdenden Vertretungsaufgaben, denen Betriebsräte/innen gegenüberstehen, ist es erforderlich, deren arbeitsrechtlichen Schutz auszuweiten.

Unsere Kernforderung in der Arbeitszeitpolitik ist eine generelle Verkürzung der Normalarbeitszeit auf 35 Stunden pro Woche (mittelfristig auf 30 Stunden) bei vollem Lohn-/Gehalts- sowie Personalausgleich. In einem ersten Schritt soll analog zu vielen Regelungen in Kollektivverträgen die gesetzliche Arbeitszeit auf 38,5 Stunden reduziert werden.

Die Verkürzung der Arbeitszeit soll Vielfalt ermöglichen und Sicherheit geben. Sie darf nicht zu Arbeitsverdichtung führen, sondern eine Verteilung der Arbeit bewirken, die mehr Menschen Beschäftigung gibt und nicht zuletzt auch eine geschlechtergerechte Aufteilung von bezahlter Erwerbsarbeit und unbezahlter Arbeit (etwa für Betreuungs-, Haushalts- oder Pflegearbeit) nach sich zieht.

Zur Erreichung guter Arbeitsbedingungen stehen die folgenden Handlungsebenen im Mittelpunkt:

- Faire Arbeitsverträge, die die Mobilität und Erwerbschancen der Arbeitnehmer/innen verbessern. Dazu sind vor allem die wirksame Einschränkung unfairer Vertragsklauseln (z.B. Konkurrenzklauseln, Ausbildungskosten-Rückzahlungsverpflichtungen) und die Eindämmung von All-In-Verträgen erforderlich.
- Gesunde Arbeit, muss den Fokus auf die Prävention psychischer Gesundheitsgefahren weiter verstärken. Es braucht insbesondere eine Verordnung zur Evaluierung psychischer Belastungen und verpflichtende Maßnahmen zu alters-/alternsgerechter Arbeit.
- Beim Arbeitnehmer/innen-Datenschutz braucht es Verbesserungen der Datenschutzqualität am Arbeitsplatz sowie Absicherungen der Durchsetzungsmöglichkeiten von Beteiligungsrechten. Kernforderung ist die Verankerung des Beschäftigtendatenschutzes im Datenschutzgesetz.

Gute Arbeit in der digitalen Arbeitswelt macht die Gestaltung von digital entgrenzter, mobiler Arbeit ebenso unerlässlich, wie die gezielte Förderung arbeitsschaffender Innovationen und die faire und gesellschaftlich sinnvolle Verwendung und Verteilung der digitalisierungsbedingten Produktionsgewinne (Sichtwort Digitalisierungsdividende).

Europäische Union

Die GPA-djp setzt sich für eine beschäftigungsfördernde Wirtschaftspolitik ein. Wir sind der Überzeugung, dass man Wachstum nicht durch neoliberale „Strukturreformen“ schafft. Daher auch ein klares Nein zu EU-Plänen, die bestehenden länderspezifischen Empfehlungen zu Strukturreformen verbindlich durchsetzbar zu machen (sog. Wettbewerbspakte bzw. Wettbewerbsfähigkeitsräte).

Wir widersetzen uns Bestrebungen, die Krise für Angriffe auf den Sozialstaat und für Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen zu instrumentalisieren. Die Programme der Troika aus Kommission, EZB und IWF stehen für einseitiges Sparen und müssen unter sozialen und verteilungspolitischen Gesichtspunkten revidiert und einer umfassenden demokratischen Kontrolle unterzogen werden.

Hände weg von Gewerkschaftsrechten, Kollektivverträgen, Pensionsregelungen, Mindestlöhnen und Lohnfindungssystemen auf nationaler Ebene. Soziale Grundrechte müssen stärker wiegen als wirtschaftliche Marktfreiheiten am Binnenmarkt. Das muss durch einsprechende Klauseln auch in den Verträgen zur wirtschaftspolitischen Steuerung und in den EU-Verträgen abgesichert werden.

Wir fordern ein Ende der starren Sparpolitik: Die restriktiven Defizitregeln im Rahmen der wirtschaftspolitischen Steuerung auf europäischer Ebene verhindern wichtige öffentliche Investitionen, die für die Überwindung der Krise und die Belebung der Konjunktur dringend notwendig sind. Wir verlangen die Einführung einer „Golden Regel der Finanzpolitik“, die öffentliche Ausgaben mit investivem Charakter aus der Berechnung des strukturellen Budgetdefizits ausnehmen würde. Außerdem unterstützen wir die EGB-Forderungen nach einem effektiven und wirksamen europäischen Investitionsplan.

Die konsequente Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit muss als messbares EU-Ziel prioritär und verbindlich auch in der Europa-2020-Strategie verankert sein.

Wirtschaft und Steuern

Österreich mangelt es an einer strategischen Industriepolitik. Die Gewerkschaften sind an deren Neuausrichtung beteiligt. Die neue öffentliche Beteiligungsgesellschaft ÖBIB soll durch den Erwerb von Unternehmensbeteiligungen und die Abwehr unerwünschter Übernahmen Betriebe, Arbeitsplätze und Wertschöpfung sichern. Die GPA-djp setzt sich auch für die Aufrechterhaltung des bestehenden öffentlichen Eigentums an Energieversorgungsunternehmen ein.

Im Finanzsektor streben wir eine stärkere Entkoppelung des Investmentbankrisikos an und verlangen einen Stopp dem Outsourcing/Nearshoring bei Banken. Die GPA-djp setzt sich weiter massiv für eine Finanztransaktionssteuer ein. Damit Banken einen wertvollen Beitrag zur Realwirtschaft leisten können, sollten sie sich ohne Renditedruck auf ihr Kerngeschäft konzentrieren.

Die Rahmenbedingungen für Industrie 4.0 müssen gemeinsam mit Betroffenen und Sozialpartnern gestaltet werden, auf betrieblicher wie auch auf überbetrieblicher Ebene. Bei der Einführung von neuen Technologien müssen Betriebsräte/innen miteinbezogen werden. Betriebliche Datenschutzbeauftragte sind verankert worden. Es braucht klare Spielregeln für den Online-Handel, um fairere Wettbewerbsbedingungen zwischen niedergelassenem Handel und Onlinehandel zu gewährleisten.

Die erfolgreiche „Lohnsteuer runter-Kampagne“ des ÖGB und der Gewerkschaften mit 882.000 Unterschriften hat die Regierung unter Druck gesetzt. Als Folge wird es im Jahr 2016 eine Steuerreform geben, die weitgehend unseren Forderungen nach Entlastung der Arbeitnehmer/innen entspricht.

Wir streben weiter einen höheren Beitrag von vermögensbezogenen Steuern am Steueraufkommen an. Internationale Großunternehmen müssen ihren angemessenen Anteil am Steueraufkommen leisten, etwa über die Einführung europaweiter Mindestsätze von mind. 25% in der Unternehmensbesteuerung bei harmonisierten Gewinnermittlungsvorschriften.

Gesellschaftspolitik und Bildung

Im Bereich der Gesellschaftspolitik tritt die GPA-djp gegen jegliche Einschränkung der Grundrechte, wie z.B. das Recht auf Versammlungsfreiheit, Meinungsfreiheit, Pressefreiheit und Datenschutz, ein. Zusätzlich bedarf es auch einer Erweiterung dieser Verfassungsrechte um soziale Grundrechte.

Ideologischer Eckpfeiler der Gewerkschaften ist die Solidarität. Vor dem Hintergrund der steigenden Flüchtlingszahlen tritt die GPA-djp v.a. auch gegen die Beschränkung des Menschenrechtes auf Asyl, für sichere bzw. legale Einreisekorridore, faire Lastenverteilung sowie eine an menschlichen Bedürfnissen orientierte Grundversorgung mit flächendeckender professioneller Betreuungsstruktur ein. Außerdem soll der Arbeitsmarktzugang für Asylwerber/innen erleichtert werden.

Die gesamte Bildungspolitik soll auf das Ziel Chancengerechtigkeit ausgerichtet sein. Bestmögliche Bildungschancen für die gesamte Bevölkerung beginnen beim Kindergarten und enden bei der betrieblichen Aus- und Weiterbildung. Ein zweites verpflichtendes und gebührenfreies Kindergartenjahr, die flächendeckende Einführung einer Gesamtschule in den ersten neuen Schuljahren und eine Neuregelung der Lehrstellenförderung mit einer Finanzierung, die alle Betriebe in die Pflicht nimmt, sind zentrale Forderungen, um die hohe Selektivität unseres Bildungssystems einzuschränken.